

## MAROKKO

### Sein Glück versuchen

Nach zweieinhalb Jahren konnte ich endlich wieder nach Marokko reisen. Wie überall auf der Welt ist die Covid-Pandemie durch das Land gegangen und die Folgen sind spürbar, vor allem für diejenigen Menschen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden. Es war sehr bewegend für mich, viele der Freundinnen und Freunde wieder zu treffen, die ich bei meinen Reisen nach Rabat zwischen 2016 und 2019 im Rahmen von Aktionen und Projekten mit Migrant·inn·en kennengelernt hatte. Wir versuchten, uns in den letzten zweieinhalb Jahren nicht aus den Augen zu verlieren, indem wir regelmässig Nachrichten austauschten. Die Anti-Covid-Massnahmen, die hier bei uns in Europa oftmals als ein Angriff auf «unsere Freiheiten» empfunden wurden, waren dort für diejenigen Menschen, die sich bereits in einer sehr prekären Lage befanden, schlichtweg zu einer Frage des Überlebens geworden. Viele hatten keine andere Wahl mehr, als «ihr Glück zu versuchen». Yvonne, zum Beispiel, machte sich mit ihrer kleinen Tochter Lina Rose auf, weil sich angeblich ein Durchgang zur spanischen Enklave Melilla geöffnet hatte. Dabei handelte es sich jedoch um eine Falschmeldung, und Lina Rose hätte beinahe ihr Leben verloren. Das Mädchen stolperte und stürzte einen steilen Abhang zum Meer hinunter und ohne die Rettungsaktion eines Mitwanderers wäre sie in den Fluten verschwunden oder an der felsigen Küste zerschmettert. Viele von meinen Freund·inn·en hatten nur noch eine einzige Hoffnung: den Weg nach Europa zu schaffen, koste es, was es wolle.

#### Simple Anti-Mafia-Rhetorik

Nach offiziellen Angaben überwandern insgesamt 49 Personen die Zäune der nördlichen spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in den ersten drei Monaten des Jahres 2021. Von Januar bis Ende Februar in diesem Jahr waren es 12, die in Melilla registriert wurden. Am 2. März 2022 versuchten dann 2500 Personen zusammen, in das spanische Gebiet zu gelangen – ein Rekord. Nach Angaben der Behörden gab es danach zwei weitere gruppierte Versuche mit 1200 bzw. 1000 Menschen; dabei gelang es immerhin 871 Migrant·inn·en, nach Melilla zu gelangen – im Vergleich zum ganzen Vorjahr, in dem es insgesamt 1092 Personen waren.<sup>1</sup>

Ähnlich wie Libyen und die Türkei kann es sich Marokko aufgrund seiner Lage erlauben, seine Grenzen im Rhythmus vom diplomatischen Hin- und Her mit Spanien und der EU zu öffnen oder zu schliessen. Ein spanisch-marokkanisches Treffen mit dem spanischen Staatssekretär für Sicherheit, Rafael Pérez, bei dem die bilaterale Zusammenarbeit zur Steuerung von Migrationsströmen thematisiert wurde, fand im Frühjahr 2022 statt. Hier ein Auszug aus der Resolution, die bei diesem Treffen verabschiedet wurde: «Angesichts der gemeinsamen Herausforderungen, die durch die Aktivitäten von Schleppernetzwerken und durch das instabile regionale Umfeld verursacht werden, haben beide Seiten beschlossen, ihre Mechanismen der Koordination und des Informationsaustauschs zu verstärken.» Um nicht beschuldigt zu werden, einen unmenschlichen Krieg gegen Menschen zu führen, die ein besseres Leben suchen, wird hier eine Anti-Mafia-Rhetorik heraufbeschworen, die sehr simpel ist und die Anwendung illegaler staatlicher Methoden zur angeblichen Bekämpfung von «Kriminellen» rechtfertigt.

In diesem Sinne schlägt Marokko vor, das zu tun, was dieses Land bislang kaum getan hat, nämlich die Rückführung der Geflüchteten anzugehen: «Im Kampf gegen kriminelle Schleppernetzwerke stellt die Rückkehr der Migranten auch ein wesentliches Abschreckungsinstrument dar.» Nur, die Komplexität von Abschiebungen bleibt bestehen, da es oft unmöglich ist zu beweisen, woher die Migrant·inn·en kommen, denn die meisten von ihnen haben keine Papiere.

Und dann gibt es den finanziellen Aspekt, der für Marokko sehr interessant ist, weil dem Land besondere Bedeutung bei den verstärkten finanziellen Unterstützungen im mehrjährigen Finanzplan der EU zukommen soll. Die Zusammenarbeit ist lukrativ und neue Luxusautos und -häuser sind die konkreten Gewinne für diejenigen, die sich zur richtigen Zeit und am richtigen Ort die Taschen füllen.

Die Militarisierung, die Repression und die unregelmässigen, aber dennoch häufig durchgeführten Menschenjagden gegen die «illegalen» Migrant·inn·en, die auf eine Überfahrt nach Europa warten, saugen zudem einen guten Teil dieser Subventionen ab.

#### Ein neuer Hotspot im Süden

Für die anderen, die sich mit den Geflüchteten engagieren, bleiben die Reste. Damit können ein paar Hilfsprogramme eingerichtet werden: für die vorübergehende Aufnahme, die Hilfe bei Ausbildungen und der Arbeitssuche für diejenigen, die das Glück und die Möglichkeit haben, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Es gibt auch andere gute Projekte, die jedoch fast nie umgesetzt werden können.

Glücklicherweise gibt es auch NGOs wie Caritas oder «Médecins du Monde» und andere weniger bekannte

Organisationen, die im Bereich der Aufnahme und der Berufsausbildung tätig sind. Doch diese sorgen für ihre eigene Finanzierung.

Ich traf Iréné Ledoux, den Leiter der kamerunischen Gemeinschaft in Marokko. Er ist Mediator und Sozialarbeiter und wirkt als Bindeglied zwischen den Menschen aus Kamerun und deren Botschaft. Er reist nach Kamerun, um dort die notwendigen Papiere für diejenigen zu sammeln, die ihre offizielle Identität nachweisen wollen oder müssen, um die notwendigen Schritte für den Zugang zu einem legalen Aufenthalt einzuleiten. Iréné weigert sich, der Botschaft Identitäten nachzuweisen, die für Abschiebungen missbraucht werden könnten – ein Engagement, das nicht leicht zu halten ist.

Iréné ist auch im «Alarmphone» aktiv und hatte gerade einen Monat in El Aaiún im Süden Marokkos verbracht, um Informations- und Präventionsarbeit zu leisten und um zu berichten, was dort passiert. Marokko bleibt trotz allem ein Land, von dem die Überfahrt nach Europa noch möglich ist. Nachdem, aufgrund der Pandemie und der sukzessiven Lockdowns, die Übergänge von Ceuta und Melilla hermetisch abgeriegelt wurden und diejenigen von Tanger und der Nordküste kaum erreichbar waren, sammelten sich diejenigen, die «ihr Glück versuchen» wollten, vermehrt in den Städten im Süden, wie zum Beispiel in El Aaiún, bekannt als Abfahrtsort zu den Kanarischen Inseln. Die Repression in El Aaiún ist extrem: Verhaftungen sind an der Tagesordnung und finden in Form von Razzien statt, die völlig willkürlich zu einem x-beliebigen Zeitpunkt durchgeführt werden. Keine Gruppe von Migrant·inn·en, egal aus welchem Land, findet Gnade vor den Augen der Armee und der Polizei. Nachdem die Uniformierten ihre «Beute» vorübergehend in improvisierten Lagern eingesammelt haben, werden die Verhafteten an der algerischen Grenze ausgesetzt oder in kleinen Dörfern im Süden verteilt, die am Rande der Wüste liegen. Für sie ist es dann sehr schwierig zurückzukommen. Es sterben Menschen, das ist sicher, aber man hört nichts davon. Iréné war nicht zum ersten Mal hier, aber dieses Mal war er besonders schockiert über das, was er sah und hörte. Er versucht, seine geflüchteten afrikanischen «Schwestern und Brüder» zu überzeugen, in Afrika zu bleiben und ihre Talente und ihr Wissen dort weiterzuentwickeln.

Prisca – die Überlebenskünstlerin

Prisca, eine junge Frau aus Kongo-Brazzaville, mit der ich mich angefreundet habe, überlebt mit einem kleinen Stand, den sie jeden Tag vor dem Haus aufbaut, in dem sie eine Notunterkunft gemietet hat. Der Vermieter hat ihr die Erlaubnis dazu erteilt. Morgens steht sie sehr früh auf, macht sich auf den Weg, um in ein paar Haushalten zu arbeiten, und wenn es Zeit ist, bringt sie ihren Sohn in die Schule. Denn er wird studieren, das ist Pflicht! Wenn sie nach Hause kommt, baut sie ihren Stand auf und schon geht es los, um wieder einen Tag lang subsaharische Waren aus dem Hafen von Casablanca zu verkaufen. Prisca kümmert sich um ihren jüngsten Sohn, den sie mit ins Exil genommen hat, aber auch um ihre beiden erwachsenen Söhne und ihren Ehemann, die in ihrer Heimat zurückgeblieben sind. Vor einigen Monaten ist ihre Schwester gestorben und niemand konnte deren Kinder ernähren, sodass Prisca auch für diese die Verantwortung übernehmen wird. Prisca ist 1,55 Meter klein, doch ihre Entschlossenheit ist riesig und wird nur noch von ihrer Wut auf den Diktator ihres Landes und auf die westlichen Länder, die zu seinen Komplizen gehören, übertroffen. Prisca hat einen Schutzstatus des UNHCR, aber Umsiedlungen nach Europa sind selten; trotzdem wartet sie geduldig darauf. Sie gehört zu denjenigen, die in der Anonymität der Großstädte Schutz gefunden haben, doch bei den verschiedenen Lockdowns nur mit Mühe überlebt haben – ohne Möglichkeit, den kleinen Laden aufzubauen und ohne Möglichkeit, Arbeit im häuslichen Sektor zu finden oder auch nur zu betteln. Die wenigen Künstlerinnen und Künstler aus Subsahara-Afrika, die vorher in den Strassen spielten, hatten nun keine Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, da es keinen Zugang mehr zum öffentlichen Raum gab. Vor der Pandemie war für viele die Option, nach Europa zu gehen, nicht mehr aktuell, denn sie hatten sich immerhin eine bescheidene Existenz aufgebaut, und nun – mit einem Schlag – brach alles zusammen. Das Überleben wurde fast unmöglich; viele hungerten und waren auf solidarische Netzwerke angewiesen. Die Solidarität in den jeweiligen Herkunftsgemeinschaften haben hier eine wichtige Rolle gespielt.

Der Zugang zu einer Aufenthaltsgenehmigung in Marokko wird immer schwieriger und vielen wird die Möglichkeit genommen, sie zu erneuern. Die Auflagen werden immer anspruchsvoller. Man muss einen Arbeitsvertrag, Mietvertrag, ein Bankkonto, etc. nachweisen. Man kann sich gut vorstellen, dass nur wenige der Neuankömmlinge Zugang zu diesen «Vergünstigungen» haben.

David – Poesie gegen das Elend

David ist Dichter. Dank der Unterstützung einer belgischen Stiftung hatte er die Möglichkeit, zwei Gedichtbände «Boza»(1) und «L'Enfant Clandestin» zu veröffentlichen. Nachdem er mehr als vier Jahre lang als «Illegaler» in Marokko gelebt hatte, kehrte er nach Kamerun zurück, um dann regelmässig wiederzukommen. Schlussendlich hatte er das Glück, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Doch der Lockdown warf ihn erneut ins Elend, aus dem er gerade dabei war, sich zu befreien. Zudem kam er durch

einen Irrtum der Justiz siebeneinhalb Monate ins Gefängnis und wurde dort von den Behörden vergessen. Diese hatten dann die Grosszügigkeit, die unverdiente Strafe nicht in sein Strafregister einzutragen, was ihnen als Entschuldigung dienen sollte. David ist traumatisiert vom Vorgehen der Justiz und vom Verhalten der Behörden. Er braucht dringend Hilfe, um wieder auf die Beine zu kommen. Ich werde mich für ihn einsetzen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Satz aus dem Abschlussbericht des spanisch-marokkanischen Kooperationstreffens zitieren, das sich mit der Steuerung von Migrationsströmen befasste; bitte lesen Sie ihn aufmerksam: «In Bezug auf die Verwaltung der Grenzen und ihren vielfältigen Herausforderungen wurde die Notwendigkeit betont, die Anstrengungen für die aktive Solidarität in Bezug auf eine dauerhafte technische und finanzielle Unterstützung zu artikulieren, um die Widerstandskraft und Effizienz operationell zu verbessern.»

Hier zeigt sich wieder einmal der ganze Zynismus der politischen und administrativen Rhetorik, die an den Grenzen Europas und weit über diese hinaus herrscht. Die immer grössere Externalisierung der Grenzen organisiert und steigert das Leid von denjenigen, die ins Exil gehen müssen und Zuflucht suchen.

Marie Pascale Rouff

1. «Boza» ist die von den Migrant·inn·en verwendete Bezeichnung für die gelungene Überquerung des Mittelmeers nach Europa und heisst soviel wie «Sieg».

### **Melilla – ein unsägliches Drama!**

Die ersten Videos erreichten mich am Samstag, den 25. Juni um 13.40 h: zusammengepförchte, geschundene Körper, leblos oder in krampfhaften Bewegungen... Was ist das? Wo finden diese schrecklichen Szenen statt? Was ist passiert? Prisca, meine Flüchtlingsfreundin aus Kongo-Brazzaville, die sie gerade an mich weitergeleitet hat, erklärt mir in einer Sprachnachricht, dass sie geschossen und getötet haben, dass es «in diesem Land nur Barbaren gibt», sie schreit, sie ist verzweifelt. Wir befinden uns zwischen Nador und Melilla an der Grenze zwischen Spanien und Marokko – in diesem kleinen Stück Land, welches Spanien als Kolonie behalten hat und nicht mehr loslässt und das von Marokko – aus verschiedenen Gründen – nach wie vor anerkannt wird. Ist es die Eskalation der Repression in den letzten Monaten, die ich im Artikel in dieser Ausgabe beschreibe, die in diesem Massenmord ihren Höhepunkt findet?

Es zirkulieren viele Informationen über die Gründe, aber noch ist nichts wirklich klar. Sicher ist, dass die Zahl der Ermordeten von Tag zu Tag steigt; inoffiziell kursiert die Zahl von 50 Toten. Die verschiedenen Hilfsorganisationen und NGOs, die sich eingeschaltet haben, fordern, dass die Leichen nicht begraben werden, damit die notwendigen Untersuchungen durchgeführt werden können.

Wir werden die Folgen dieses dramatischen Ereignisses aufmerksam verfolgen und Ihnen die Appelle der subsaharischen Vereinigungen in Marokko übermitteln, die einen rein rassistischen Akt anprangern, der von der diskriminierenden Migrationspolitik der EU «in Auftrag gegeben wurde». Marokko hat sich offen zum mörderischen Komplizen gemacht. Hat es damit seinen guten Willen bewiesen? Die Frage klingt zynisch, ist aber sicherlich nicht weit von der Wahrheit entfernt.

## UKRAINE

### **Kleinbauern: Die unbesungenen Helden des Krieges**

Der Krieg in der Ukraine hat Sorgen um die Nahrungsmittelsicherheit aufkommen lassen, sowohl in dem vom Krieg zerrissenen Land als auch in anderen Teilen der Welt. Doch der Schlüssel zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der Ukraine könnte von einer unwahrscheinlichen Stelle kommen: von kleinen und mittleren Landwirten.\*

«Bisher wurden die Kleinbauern von der ukrainischen Regierung zugunsten der grossen Agrarunternehmen weitgehend vernachlässigt», erklärte Mykola Pugachov, stellvertretender Direktor des «Ukrainischen Instituts für Agrarökonomie» auf einer Veranstaltung am 13. April. Diese Situation ändert sich jedoch im Lichte des Krieges schnell. «In einer Zeit des Friedens war das vielleicht eine gute Lösung – während einer Krise ist es jedoch speziell wichtig, die Ernährungssicherheit und Effizienz der privaten Landwirte, der Kleinbauern, zu gewährleisten», sagte er und fügte hinzu, dass ihre Bedeutung «nun zunehmend» sei. «Ihr Beitrag ist wesentlich», so Attila Szocs von der rumänischen Kleinbauernvereinigung Ecoruralis1, die 17.000 rumänische Kleinbauern vertritt und die Situation in der Ukraine analysiert.

Während die ländlichen Haushalte nur 12 Prozent des ukrainischen Agrarlandes auf Betrieben nutzen, deren Grösse von weniger als einem bis zu 100 Hektar reicht, tragen sie nach Schätzungen des Verbands 52,7 Prozent zur Bruttoinlandsproduktion der Landwirtschaft bei. Nach Angaben des Verbands entfallen auf ukrainische Kleinbauern heute 98 Prozent der gesamten Kartoffelernte, 86 Prozent des Gemüses, 85 Prozent vom Obst und 81 Prozent der Milch des Landes. «Wenn man sich die Typologie der Landwirte in der Ukraine ansieht, gibt es wirklich riesige. Aber es gibt auch vier Millionen andere Menschen, die in der Landwirtschaft engagiert sind, darunter viele Kleinbauern», erklärte Attila Szocs. Und nach einem Massenexodus von Agrar- und Lebensmittelunternehmen, die weitgehend von Oligarchen kontrolliert wurden, seien es diese Kleinbauern, die die Scherben aufsammeln müssten, erläuterte er. «Niemand diskutiert wirklich darüber, wer geblieben ist, um anzubauen. Aber wer sind diejenigen, die im Moment in der Ukraine anbauen, und was bauen sie an, wer verwaltet die Ernährungssicherheit des Landes? Es sind die Kleinbauern, die einen Grossteil dieser Lebensmittel produzieren, die im Land bleiben und es wirklich ernähren», sagte er.

Gleichzeitig hat der Zustrom von Millionen von Geflüchteten aus den Städten in die umliegenden, sichereren ländlichen Gebiete die lokalen Nahrungsmittelsysteme zusätzlich unter Druck gesetzt. Zwar haben Nahrungsmittelhilfe und -programme ihren Platz, doch sind sie «aufgrund des Krieges nicht immer ausreichend und schlecht verteilt», erklärte er, was bedeutet, dass die lokalen Bauern die Lücken füllen müssen.

#### Zusätzlicher Stress

Doch trotz ihrer zentralen Rolle für die Ernährung der ukrainischen Bevölkerung werden Betriebe mit weniger als 100 Hektar von der ukrainischen Regierung nicht anerkannt. Das bedeutet, dass sie historisch gesehen keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, wie Victor Yarovyi, Wissenschaftler am «Institut für Prognoseökonomie der Nationalen Ukrainischen Akademie der Wissenschaften» erläuterte. «Die Unterstützung ist auf Unternehmensfarmen ausgerichtet und echte landwirtschaftliche Haushalte und kleine Farmen bekommen nichts. Das ist das Hauptproblem», sagte er. Dies habe sich auch im Lichte des Krieges nicht geändert, so Szocs von Ecoruralis. «Es ist also ein zusätzlicher Stress für die Kleinbauern, die ohne jegliche staatliche Unterstützung in einer chronischen Situation sind, mit begrenzten Produktionsmitteln und sehr begrenztem Land», schloss er und warnte, dass die ukrainische Landbevölkerung am Rande der Armut stehe, mit 44 Prozent Einkommen unter dem Existenzminimum und 7 Prozent Unterernährung. Gleichzeitig haben, nach der Schätzung von Ecoruralis die grossen Agrarunternehmen, die etwas mehr als zwei Drittel des ukrainischen Agrarlandes kontrollieren, im Jahr 2012 sechzig Prozent aller staatlichen Agrarsubventionen erhalten.

Dies sei ein Muster, das sich mit der internationalen Hilfe zu wiederholen drohe, sagte der Wissenschaftler Yarovyi und erklärte, dass viele Programme, wie das der Weltbank, Kleinbauern nach denselben Kriterien definierten wie die ukrainische Regierung. «Es mag den Anschein haben, dass die Unterstützung auf mittlere und kleine Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe ausgerichtet ist, aber in der Praxis geht sie nicht in die ländliche Entwicklung, sondern in die Unterstützung bestimmter Produzenten von Exportkulturen», und

er betont, dass es zwar nicht unbedingt schlecht sei, bestimmte landwirtschaftliche Produkte für den Export zu unterstützen, «aber es trägt nicht zur Beschäftigung auf dem Land bei und auch sonst nicht zu Vielem.» Gleichzeitig betonte Pugatschow vom Agrarökonomie-Institut auch, dass die Unterstützung dieser Kleinbauern sowohl für die Ernährungssicherheit als auch für die Wiederbelebung der ländlichen Gebiete von grösster Bedeutung ist. «Wir müssen mehr Programme für die Land- und Ernährungswirtschaft fördern. Dazu müssen wir auch Klein- und sogar Kleinstbauern einbeziehen», sagte er und fügte hinzu, dass dies «Beschäftigungsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung schaffen und gleichzeitig zu einem besseren physischen und finanziellen Zugang zu landwirtschaftlichen Gütern und Technologien beitragen wird. Solche Programme wurden während der Friedenszeiten entwickelt, aber leider wurden sie nie abgeschlossen. Und heute sind sie extrem pertinent.»

Klein und sicher

Kleine landwirtschaftliche Anlagen haben auch andere praktische Vorteile. So betont beispielsweise Pavlo Koval vom ukrainischen Agrarverband, dass es zwar «absolut unmöglich» sei, einige der grössten Verarbeitungsbetriebe aufgrund ihrer Grösse umzusiedeln, kleine und mittelgrosse Unternehmen und Verarbeitungsanlagen hingegen oft «ziemlich effizient und schnell» umgesiedelt werden könnten. Bereits jetzt hätten fast sechzig Unternehmen ihre Verarbeitungstätigkeit auf diese Weise wieder aufgenommen. Szocs fügte ausserdem hinzu, dass die Verwundbarkeit von Grossbauern darauf zurückzuführen sei, dass sie zu «logistischen Zielen» der russischen Aggression würden, und betont, dass eine der ersten Aktionen Russlands darauf gerichtet gewesen sei, die Nahrungsmittelversorgung der Ukraine ins Visier zu nehmen, und dass es im Vergleich dazu «viel schwieriger» sei, mehrere kleine, verstreute Betriebe ins Visier zu nehmen als einen einzigen Grossbetrieb. Diese Feststellung wurde kürzlich vom EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski bekräftigt, der hinzufügte, dass dies nicht nur im Hinblick auf die Lebensmittelsicherheit, sondern auch wegen der Frage der Umweltbelastung in den umliegenden Gebieten ein Anliegen sei.

Natasha Foote,|

EURACTIV.com

\*Wir haben die originale, nicht gegenderte Schreibweise in diesem Artikel belassen.

1. Zwischen dem EBF und Ecoruralis besteht seit Jahren eine Zusammenarbeit in Rumänien.

## KRIEG IN DER UKRAINE

### **Appell für Kriegsverweigerer**

Wir fordern die Europäischen Institutionen auf, sich für den Schutz und das Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den am Krieg in der Ukraine beteiligten Staaten einzusetzen. Das Europäische Parlament/die Parlamentarische Versammlung des Europarates möge beschliessen:

Angesichts des Krieges stellt das Europäische Parlament/die Parlamentarische Versammlung des Europarates fest:

- die fundamentale Bedeutung der Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen, mit denen ein Angriffskrieg und völkerrechtswidrige Handlungen im Krieg untersagt sind;
- die Gültigkeit des Römischen Statutes, das im Artikel 25 die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Vergehen gegen Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen sieht;
- die Anerkennung des 1994 von der OSZE beschlossenen «Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit», in dem alle Angehörigen der Streitkräfte persönlich für die Einhaltung des

humanitären Völkerrechts verantwortlich sind und mit Befehlsgewalt ausgestattete Angehörige der Streitkräfte keine völkerrechtswidrigen Befehle erlassen dürfen;

- dass «das Recht auf Kriegsdienstverweigerung dem Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit innewohnt. Es gibt Individuen das Recht, von der Wehrpflicht befreit zu werden, wenn diese nicht mit der Religion oder den Überzeugungen des Individuums zu vereinbaren sind. Das Recht darf nicht durch Zwang beschränkt werden», wie es das UN-Menschenrechtskomitee anerkannt hat;<sup>1</sup>

- dass die Verweigerung des Militärdienstes auch unter die Garantien von Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit fällt, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 7. Juli 2011 im Fall Bayatyan gegen Armenien festgestellt hat;

- die Bedeutung und Gültigkeit früherer Entschliessungen des Europäischen Parlaments zur Kriegsdienstverweigerung, (...) und erinnert an die am 28. Oktober 1993 angenommene Entschliessung zu den Deserteuren aus den Streitkräften der Staaten des ehemaligen Jugoslawien<sup>2</sup>;

- die Bedeutung und Gültigkeit früherer Entschliessungen und Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung,(...)

- dass nach den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten gilt, wie es vom UN-Menschenrechtskomitee anerkannt wurde. Und dass Artikel 4, Absatz 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte keine Abweichung von den Verpflichtungen eines Vertragsstaates in Bezug auf Artikel 18 über Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit erlaubt, auch nicht in Zeiten des öffentlichen Notstands, der das Leben einer Nation bedroht;

- dass es nach internationalen Menschenrechtsstandards keine Diskriminierung hinsichtlich der Art der religiösen oder nicht-religiösen Überzeugungen von Kriegsdienstverweigerern geben darf; es darf keine Diskriminierung zwischen Gruppen von Kriegsdienstverweigerern geben; und das Recht zur Verweigerung gilt, wie es unter anderem vom «Office of the High Commissioner for Human Rights» OHCHR<sup>4</sup> und dem «United Nations High Commissioner for Refugees» UNHCR<sup>5</sup> anerkannt wurde, auch für selektive Verweigerer, die glauben, dass die Anwendung von Gewalt unter bestimmten Umständen gerechtfertigt ist, aber nicht unter allen Umständen;

- dass nach internationalen und regionalen Menschenrechtsstandards das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Wehrpflichtige, Berufsmilitärs und Reservisten anerkannt werden sollte, anerkannt unter anderem vom OHCHR, der Parlamentarischen Versammlung, dem Ministerkomitee des Europarats und dem «Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte» BDIMR der «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» OSZE;

- dass der rechtliche Rahmen für die Kriegsdienstverweigerung sowohl in Russland und Belarus als auch in der Ukraine nicht den internationalen und regionalen Menschenrechtsstandards entspricht, wie sie unter anderem vom OHCHR, dem UN-Menschenrechtskomitee, dem UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, dem BDIMR der OSZE, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee des Europarats festgelegt wurden.

- dass der Menschenrechtsrat die Staaten ermutigt hat, «in Erwägung zu ziehen, Kriegsdienstverweigerern Asyl zu gewähren, die in ihrem Herkunftsland eine begründete Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Verweigerung des Militärdienstes haben, wenn es keine oder keine angemessene Regelung für die Kriegsdienstverweigerung gibt»<sup>6</sup>;

- dass russische und möglicherweise auch belarussische Soldatinnen und Soldaten den Dienst in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verweigern;

- die Gültigkeit der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, deren Artikel 9 denjenigen Schutz nach dem Flüchtlingsrecht gewährt, denen eine Verfolgung oder Bestrafung droht, weil sie den Militärdienst in

einem Konflikt verweigern, der den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, wie sie in der Präambel und den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, widerspricht;

- die Erklärung des UNHCR, dass «in Fällen, in denen ein bewaffneter Konflikt als völkerrechtswidrig angesehen wird, es nicht notwendig ist, dass der Antragsteller auf internationalen Schutz» der Gefahr unterliegt, individuell strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden<sup>7</sup>;

Das Europäische Parlament/Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert daher die Europäische Kommission und den Europäischen Rat/Europarat auf:

- sicherzustellen, dass russischen und belarussischen Soldaten und Soldatinnen, die sich dem Einsatz im Militär und somit dem möglichen Kriegseinsatz in der Ukraine entzogen haben oder desertiert sind, in den Mitgliedsstaaten entsprechend der Qualifikationsrichtlinie Asyl gewährt wird;

- sicherzustellen, dass auch ukrainischen Kriegsdienstverweigerern, denen die Anerkennung in der Ukraine versagt wurde, wie auch Soldaten und Soldatinnen, die sich auf Seiten der Ukraine etwaigen völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen, Schutz gewährt wird;

- die Mitgliedsstaaten aufzurufen, Programme und Projekte zu entwickeln, die Deserteur·inn·en und Militärdienstentzieher·inne·n Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung bieten.

Der Appell wurde initiiert von: International Fellowship of Reconciliation (IFOR), War Resisters ' International (WRI), European Bureau for Conscientious Objection (EBCO) und Connection e.V. (Deutschland), und wird unterstützt durch 56 Organisationen, Gruppen und Vereinen in ganz Europa. Der Appell + alle Quellenangaben + die Auflistung aller Unterstützenden kann auf der Webseite von Connection e.V. gelesen werden.

9. Juni 2022

1. UN Human Rights Committee, Communication No. 1642-1741/2007, Jeong et al. v. Republic of Korea

2. Official Journal of the European Communities, C 315, 22. November 1993 (OJ C, C/315, 22.11.1993, S. 234) + PACE, Resolution 1042 on Deserters and draft resisters from the republics of the former Yugoslavia, beschlossen am 1. Juli 1994

4. 9 OHCHR: Approaches and challenges with regard to application procedures for obtaining the status of conscientious objector to military service in accordance with human rights standards, (A/HRC/41/23), 24. Mai 2019

5. UNHCR: Guidelines on International Protection No. 10

6. UN Human Rights Council, Resolution 24/17 (A/HRC/RES/24/17), 8. Oktober 2013, Abs. 13.  
<http://undocs.org/A/HRC/RES/24/17>

7. UNHCR: Guidelines on International Protection No. 10

## FEMINISMUS/ANTIPATRIARCHAT

Die Waffen  
nieder!

Bertha von Suttner schrieb vor 133 Jahren eines der bedeutendsten Bücher gegen die Kriegsverherrlichung, den Roman «Die Waffen nieder!». Die Schriftstellerin und Friedensforscherin war die erste Frau, die den

Friedensnobelpreis erhielt. In einem Brief an sie schrieb Leo Tolstoi: «Der Abschaffung der Sklaverei ist das berühmte Buch einer Frau vorausgegangen, Mme Beecher Stowe; gebe Gott, dass das Ihre das Gleiche bewirke für die Abschaffung des Krieges.»

Ja, die US-amerikanische Schriftstellerin und erklärte Gegnerin der Sklaverei Harriet Beecher Stowe (1811-1896) schrieb zahlreiche Artikel und über 30 Bücher, eines davon im Jahr 1852. Es ist der Roman «Onkel Toms Hütte», ein Buch gegen die Sklaverei, das wir wohl fast alle gelesen haben und durch welches die öffentliche Meinung schon damals in den Vereinigten Staaten massgeblich beeinflusst wurde. Im Jahr 1865 wurde in den USA die Sklaverei offiziell abgeschafft. Rassismus und Segregation herrschten jedoch bis in die 1960er Jahre. Und leider ist auch heute auf Rassismus gegründetes mörderisches Verhalten keine Ausnahme – nicht nur in den USA.

Die österreichische Autorin Bertha von Suttner wiederum wurde 1889 durch ihren Roman «Die Waffen nieder! – eine Lebensgeschichte»<sup>1</sup> bekannt, der 1889 veröffentlicht wurde. Sie schildert darin in der Ich-Form das Leben der aus Wien stammenden Gräfin Martha Althaus, eine in der Jugend «von allem Luxus umgebene Komtess». Martha beschreibt ihre früheren Vorstellungen, «dass der höchste Begriff menschlicher Grösse mir in kriegerischem Heldentum verkörpert schien». Ihr Papa, ein General «war so stolz auf seine Kriegserlebnisse und sprach mit solcher Genugtuung von den «mitgemachten Campagnen», das mir unwillkürlich um jeden Mann leidtat, der keine ähnlichen Erinnerungen besitzt.» Die Romanfigur Martha Althaus verliert im Alter von 19 Jahren im Krieg ihren ersten Mann. Sie wird daraufhin zur überzeugten Pazifistin. Der zweite Ehemann teilt ihre Ansichten, obwohl er selbst Offizier in der Armee Österreich-Ungarns ist.

Adel und Klerus

Bertha von Suttner zeigt in ihrem Roman «Die Waffen nieder!» die kriegsverherrlichenden Ansichten des Adels und auch des Klerus, die es dem Volk schmackhaft machen sollten, zur Kriegs-Schlachtbank geführt zu werden. Sie berichtet in ihrem Buch über die Grausamkeiten auf den Schlachtfeldern, über die Leiden der Verwundeten, die Verstümmelungen der Toten und den Schmerz der Angehörigen. Vernichtend kritisch schreibt von Suttner auch über die Rolle der Militärggeistlichen, die den Kriegen Gottes Segen geben. Auch heute noch sind Feldprediger, Militärbischöfe, Feldrabbiner und Militärimame wichtige Stützen von Armeen. Feldprediger reden Soldaten ein, sie müssten keine Angst haben; Gott sei mit ihnen, wenn sie gegen das Böse und für den Frieden kämpften. Der Gottesglauben wird seit eh und je von den Kriegstreibenden für den Krieg instrumentalisiert.

Den Friedensnobelpreis erhielt Bertha von Suttner im Jahr 1905. Sie starb 1914, kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Roman «Die Waffen nieder!» wurde in Österreich und Deutschland zum Signal für das Entstehen einer organisierten Friedensbewegung. Bis zu ihrem Lebensende war Bertha von Suttner für die Friedensbewegung tätig. Ihre letzten Worte waren: «Die Waffen nieder! Sagt's vielen – vielen...»

Krieg ist kein Naturgesetz

In ihrem Aufsatz «Der Krieg wird kämpfend überwunden»<sup>2</sup> schrieb Bertha von Suttner: «Nicht vom Frieden, wie es sonst meine Gewohnheit war, will ich heute sprechen, sondern vom Krieg und seiner Bekämpfung.» Sie stellte sich gegen die Meinung, der «Krieg sei Naturgesetz und der Krieg sei sogar Vater aller Dinge». «Vernunft und Güte sind keine leeren Worte», so von Suttner, «sie sind wirkende Kräfte. Schon viele Übel haben diese Kräfte weggefegt: Die Sklaverei, das Foltergericht, die Ketzer- und Hexenverbrennungen, das Faustrecht.»

Heute 107 Jahre nach dem Tod von Bertha von Suttner müssen wir leider sagen: Die Sklaverei wurde nicht abgeschafft. Millionen Hausangestellte, Bauern, Bäuerinnen, Arbeiter-innen, Kinder und Gefangene in vielen Ländern vegetieren in Knechtschaft wie Leibeigene. Prostituierte leben heute als Sexsklavinnen in Bordellen oder unter der Verfügungsgewalt von Menschenhändlern. Anstelle des Faustrechts sind heute aussergerichtliche Hinrichtungen von Verdächtigen durch Drohnen getreten.

Aber immerhin gibt es auch Erfolge im Engagement gegen den Krieg: Nach jahrelangem Kampf wurde in der Schweiz 1996 ein Zivildienst eingeführt, für Männer, die sich weigerten in der Armee das Töten zu lernen. Vor der Einführung des Zivildienstes wurden in der Schweiz Jahr für Jahr mehrere hundert Männer wegen Kriegsdienstverweigerung zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Vor 1996 gab es auch nicht wenige Dienstpflichtige die Psychiater fanden, welche ihnen einen psychischen Defekt diagnostizierten, der sie als untauglich für den Kriegsdienst abstempelte. Diese Diagnose konnte aber auch Konsequenzen für ihr Berufsleben haben.



Wenn jemand nicht töten will

In vielen europäischen Staaten (mit Ausnahmen wie z.B. Österreich oder Dänemark) gibt es keine allgemeine Wehrpflicht mehr sondern Berufsarmeen. In Russland jedoch muss jeder Mann zwischen 18 und 28 Jahren einen zweijährigen Militärdienst absolvieren und es gibt keinen Zivildienst. Nach einem halben Jahr «Ausbildung» können die jungen Soldaten bereits in Kriegsgebiete geschickt werden. Wenn sie als Invaliden zurückkehren, ist das Militär für sie nicht mehr zuständig. Die russische Armee verlangt von ihren Soldaten eiserne Disziplin. Bekannt ist, dass Offiziere ihre Untergebenen häufig misshandeln. Misshandlung in der Armee ist einer der Gründe, warum jährlich ca. 3000 russische Soldaten ausserhalb der Kampfeinsätze sterben.

In der Ukraine dauert der Militärdienst 12 bis 18 Monate. Der alternative Dienst steht nur religiösen Verweigerern offen, die einer von zehn kleinen Religionsgemeinschaften angehören, also ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung. Und wie wir wissen, dürfen ausserdem seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine (24. Februar 2022) Männer zwischen 18 Jahren und 60 Jahren nicht mehr ausreisen.

Am Schluss des Textes von Bertha von Suttner «Der Krieg wird kämpfend überwunden» lesen wir: «Die Siegesgewissheit, welche die führenden Friedenskräfte erfüllt, beruht auf ihrem Bewusstsein, dass ihre Sache das Leben versus Vernichtung darstellt und daher nach und nach alle vitalen Kräfte an sich ziehen und zur Macht gelangen muss.» Eigentlich völlig logisch, klingt aber wie ein Traum.

Constanze Warta\*

\*Einen herzlichen Dank an Heinrich Frei, an dessen Artikel auf der Webseite der friedenspolitischen Organisation «IFOR Schweiz» ich mich massgeblich orientiert habe. Auch in der Online-Zeitung Info-Sperber wurde sein Artikel am 30.03.2022 in gekürzter Form publiziert. Heinrich Frei ist Mitglied der GsoA («Gruppe für eine Schweiz ohne Armee») und setzt sich für eine nachhaltige Friedenspolitik ein. Sonstige Quellen: Wikipedia, russian-online.net/de, tagesschau vom 25.01.2022

1. Das Buch «Die Waffen nieder!» erschien 1889 im Verlag Edgar Pierson in Dresden und erreichte innerhalb kurzer Zeit eine überragende Bekanntheit und Verbreitung. Es wurde in mehr als 15 Sprachen übersetzt und galt 40 Jahre lang als das wichtigste Werk der Antikriegsliteratur,

2. «Der Krieg wird kämpfend überwunden» wurde (unter anderem) 1967 in der Zeitschrift «Psychologische Menschenkenntnis» abgedruckt.

## SCHWEIZ/MIGRATION

### **Kein Persilschein für Frontex**

Wie im letzten Archipel kurz berichtet, hat die Schweizer Stimmbevölkerung am 15. Mai 2022 mehrheitlich für den Ausbau der Schweizer Beteiligung an der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex abgestimmt. Der folgende Artikel stellt den Versuch dar, eine Analyse des Abstimmungskampfes aus der Sicht eines Vertreters der NEIN-Kampagne vorzunehmen.

Zuerst zum Resultat: Bei einer Stimmbeteiligung von extrem niedrigen 40 Prozent hat sich eine erdrückende Mehrheit von 71,5 Prozent der Stimmbevölkerung für die Ausweitung der Komplizenschaft mit der fortdauernden Brutalisierung der Abschottungspolitik Europas ausgesprochen. Trotz dieser De-facto-Niederlage hat sich meiner Meinung nach das Engagement für ein NEIN gelohnt. Am 22. September 2021 hatte das Schweizer Parlament entschieden, die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit 61 statt 14 Millionen Franken jährlich zu unterstützen und die personelle Beteiligung der Schweiz ebenfalls zu erhöhen. Die Schlussabstimmung fiel zwar mit 88 Ja- zu 80 Nein-Stimmen bei 28 Enthaltungen knapp aus. Die Nein-Stimmen kamen von der SP-, Grünen- und vereinzelt von der SVP-Fraktion<sup>1</sup>. Doch keine dieser Parteien wollte das Referendum<sup>2</sup> gegen diesen knappen Parlamentsbeschluss ergreifen; auch alle grossen humanitären Organisationen waren absent. Zum Glück sprang Anfang Oktober die kleine Basisorganisation «Migrant Solidarity Network» (MSN), die noch nie eine solche Aktion initiiert hatte, mit grossem Mut in die

Bresche. In Windeseile schlossen sich 70 Organisationen (wie das EBF) und mehrere Parteien dem Unterfangen an<sup>3</sup>.

#### Ein gewagter Kraftakt

Doch während langer Zeit schien das Referendum nicht zustande zu kommen. Das Komitee hatte mangels Erfahrung wenig eingespielte Kanäle mit dezentralen Lokalkomitees und entsprechenden Ressourcen.

Normalerweise können die notwendigen 50'000 Unterschriften niemals nur mit Versänden sichergestellt werden; das A und O jedes Referendums ist das Sammeln auf den Strassen, was aber durch die Coronakrise massiv erschwert war. Beim Unterschriftensammeln stellten wir alle fest, wie wenig die Bevölkerung über die Existenz von Frontex Bescheid wusste und noch weniger über die Schweizer Beteiligung an dieser Agentur. Wir mussten für jede einzelne Unterschrift oft lange Überzeugungsarbeit leisten.

So waren Anfang Dezember erst 10'000 Unterschriften beisammen. Doch Anfang Januar 2022, kurz vor Ablauf der Sammelfrist, wendete sich das Blatt. An einigen Tagen kamen bis zu 5'000 Unterschriften mit der Post an. Die im Westen Berns gelegene Aktionszentrale im Lokal «de·Block» wurde geradezu überrollt von den zahlreichen, prall gefüllten grauen Postkisten. Und so konnten wir am 20. Januar tatsächlich der Bundeskanzlei in Bern 62'000 Unterschriften übergeben. Kurze Zeit später entschied der Bundesrat, dass die Abstimmung am 15. Mai stattfinden würde.

#### Auftakt nach Kriegsbeginn

Das Abstimmungskomitee aus der Taufe zu heben, war keine einfache Sache, denn die Bandbreite der unterstützenden Organisationen war sehr gross und die politischen Absichten und Vorgehensweisen sehr unterschiedlich. Die überwiegende Mehrheit der engagiertesten Leute kam aus der aktivistischen Linken, aber auch zwei grosse Parteien – SP und Grüne – sowie die Internet-Plattform Wecollect (ohne deren Sammeltätigkeit die notwendigen 50'000 Unterschriften wohl nicht erreicht worden wären) beteiligten sich.

Die unterschiedliche politische Herkunft der Beteiligten führte teilweise zu Spannungen, wenn es darum ging, gemeinsame Auftritte zu organisieren und kollektiv geteilte Argumentationslinien festzulegen.

Die Lancierung unseres Abstimmungskampfes war mit einer grossen Pressekonferenz für den 26. Februar in Bern anberaumt. Vertreter·innen unterschiedlichster Organisationen und Parteien nahmen an ihr teil – inklusive eine Vertretung der Kirchen mit der Pfarrerin Andrea Meier und dem bekannten Mitbegründer des Alarmphone, dem eritreischen Pfarrer Mussie Zeräi. Zwei Tage vor der Pressekonferenz begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und den Fokus der Medien fast vollständig absorbierte. Diese Tatsache und die durch den Krieg entstandene Verunsicherung wurde zu einem schweren Handicap während der ganzen Kampagne – bis zur Abstimmung.

#### Öffentliche Präsenz

Die folgenden Wochen waren geprägt vom Organisieren unzähliger Informationsveranstaltungen, Kundgebungen, Filmvorführungen, Medien-Mitteilungen, Social-media-Beiträgen und Schulungskursen. Zusätzlich musste die Produktion von Informationsmaterial in diversen Formaten angeleiert werden.

Expert·inn·en über Frontex in der Schweiz und aus dem Ausland wurden beigezogen; bekannte Personen wie Carola Rackete aus der Klima- und Seenotrettungsbewegung und andere kamen aus Solidarität in die Schweiz. Ein besonderes Augenmerk richtete das Referendum-Komitee darauf, geflüchtete Menschen zu Wort kommen zu lassen. So bleibt für mich der Auftritt von Saeed Farkhondeh in der TV-Sendung Arena im Deutschschweizer Fernsehen SRF ein Höhepunkt der Kampagne. Ausserdem verging kaum eine Woche, in der nicht Berichte über die mangelnde Transparenz von Frontex und deren systematische Verstrickung in Menschenrechts-Verletzungen an den EU-Aussengrenzen in den Medien publiziert wurden<sup>4</sup>.

Am 29.4. 2022 trat dann der Direktor von Frontex, Fabrice Leggeri, zurück. Der definitive Stolperstein für den Franzosen war wohl der Bericht der Anti-Korruptionsbehörde OLAF der EU. Dieser war zu einem vernichtenden Urteil über die Funktionsweise von Frontex und das Gebaren ihres Chefs gekommen. Bis heute durfte der Bericht aber nicht veröffentlicht werden. Das längst fällige Rollen dieses Kopfes heisst noch lange nicht, dass sich die Agentur reformieren lässt.

#### Kirchliche Stimmen

Mit einigen Mitstreiter·innen aus dem Referendums-Komitee und der Migrationscharta gelang es uns, ein Ad-hoc-Komitee von Kirchenmitgliedern gegen den Frontex-Ausbau zu gründen<sup>5</sup>. Dieses entwickelte einen eigenen Auftritt mit christlich-theologischen Argumenten gegen die mörderische Militarisierung der Grenzen und konnte dem beschämenden Schweigen der Kirchenleitungen während der Abstimmungszeit entgegenwirken. Vielleicht trug es dazu bei, dass schlussendlich Caritas Schweiz und ACAT ebenfalls für die NEIN-Parole eintraten. Das vom Theologen Pierre Bühler entwickelte Argumentarium behält auch über die Abstimmung hinaus seine Schärfe und Gültigkeit.<sup>6</sup>

Ein enttäuschendes Ergebnis

Ausschlaggebend für die Annahme der Vorlage war die Verknüpfung, die der Bundesrat und das JA-Komitee zwischen einem NEIN und dem Ausscheiden der Schweiz aus dem Schengener Abkommen herstellten. Ein NEIN hätte, so argumentierten sie, einen automatischen Ausschluss der Schweiz aus Schengen/Dublin zur Folge. Obwohl diese Verknüpfung nicht zwingend war, löste diese Vorstellung bei vielen Menschen Verunsicherung und Angst aus.

Zum anderen band die Mobilisierung gegen den russischen Aggressions-Krieg in der Ukraine Energie und Mittel, die wiederum für unsere Kampagne fehlten. Das war insbesondere bei der Grünen Partei und der SP offenkundig. Diese Tatsache, verstärkt durch deren zögerliche Positionierung in der Kampagne, hatte dann zur Folge, dass ein grosser Teil ihrer Wähler·innen ein JA in die Urne legte. Auch das Argument, dass sich die Schweiz gegen die Verletzung der Menschenrechte durch Frontex nur stark machen könne, wenn sie auch mit voller Kraft in der Agentur mitmache, verfiel leider sehr oft, obwohl die bisherige Beteiligung der Schweiz dafür keinerlei messbaren Beweis geliefert hätte. Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass es uns in unserem eigenen Umfeld nicht genügend gelungen ist, für ein klares NEIN zu überzeugen.

Wie es weitergeht

Trotzdem können wir zurückbehalten, dass wir mit der Kampagne einer breiteren Öffentlichkeit die Existenz von Frontex und deren katastrophales Funktionieren bekannt machen konnten. Das Abstimmungsresultat kann nicht als Persilschein für Frontex betrachtet werden. Zahlreiche bürgerliche Politiker·innen und der Bundesrat mussten zugeben, dass die Agentur erhebliche Mängel punkto Kontrollmechanismen, Transparenz und Achtung der Menschenrechte zu verzeichnen hat. Wir werden alle an die von ihnen geleisteten Versprechen erinnern, dass sich die Schweiz mit ihrer Frontex-Beteiligung für die Einhaltung der Menschenrechte engagieren würde. Und vor allem war die Abstimmungskampagne ein Lehrstück, wie kleine bewegungsnahe Organisationen auch auf der nationalen Bühne sich vernetzen und die politische Agenda mitbestimmen können.

Claude Braun

1. SVP=Schweizerische Volkspartei: rechtspopulistisch, gegen Migration eingestellt, aber auch gegen die EU. Das erklärt das Stimmverhalten einiger SVP-Parlamentarier·innen, die wegen ihrer EU-Gegnerschaft den Ausbau der Zusammenarbeit mit Frontex ablehnen.

2. In der Schweiz kann nach der parlamentarischen Verabschiedung eines neuen Gesetzes innert 100 Tagen ein Referendum ergriffen werden. Dazu gehört, 50'000 beglaubigte Unterschriften von stimmberechtigten Bürger·innen zu sammeln. Wenn dieses zustande kommt, muss zwingend eine schweizweite Volksabstimmung abgehalten werden, um über das Inkrafttreten des Gesetzes zu befinden.

3. Die Internetseite des Referendum-Komitees: [www.frontex-referendum.ch](http://www.frontex-referendum.ch)

4. Besonders hervorzuheben ist die Wochenzeitung Woz Nr. 16 vom 21.4.2022

5. [www.kirchen-gegen-frontex-ausbau.ch](http://www.kirchen-gegen-frontex-ausbau.ch)

6. Sie können dieses gerne bei uns bestellen

UKRAINE/UMWELT

### **Krieg als Katalysator**

Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine verstärken sich Umweltprobleme, die schon vorher die Wälder und Naturschutzgebiete des Landes gefährdeten.

Wenn die Umweltbewegung in der Ukraine schon vor dem Krieg klein und kaum durchsetzungsfähig war, dann hat sich ihre Lage mit dem Krieg noch einmal deutlich verschlechtert. Viele Aktivist·inn·en sind in der

humanitären Hilfe für Binnenflüchtlinge aktiv und es fehlen sowohl den kleinen etablierten Organisationen als auch lokalen Bündnissen, die sich um bestimmte Probleme gebildet haben, Ressourcen, um die gerade jetzt drängende Arbeit im Umweltbereich fortzusetzen.

Der Krieg wirkt als Verstärker bereits bestehender Probleme, erklärt uns Yehor, der in der «Ukrainian Nature Conservation Group» aktiv ist. Im März hat das Parlament, in dem sich ohnehin nur eine verschwindende Minderheit der Parlamentarier·innen für Umweltbelange interessiert, Naturschutzvorschriften gelockert. Eine Möglichkeit, vorher Einfluss auf den Gesetzesentwurf zu nehmen, hat es für zivilgesellschaftliche Organisationen nicht gegeben. So wurde beispielsweise das Verbot, in der Brutsaison Holz zu schlagen, aufgehoben und Umweltauflagen, die in den vergangenen Jahren durch die EU eingebracht wurden, wieder abgeschafft. Mit dem kürzlich ernannten neuen Umweltminister, der aus der Wirtschaft kommt und bereits gegen die Einrichtung von Umweltschutzzonen aktiv war, droht sich die Situation weiter zu verschlechtern. Bereits 56 Prozent der ukrainischen Landfläche werden von vorwiegend Grossunternehmen für den Getreideanbau genutzt; die ursprünglich weiten Steppen der Ukraine machen nur noch 5 Prozent der Fläche aus. Und auch dieses ökologisch wichtige Grasland ist inzwischen in Gefahr, wenn die Anbaufläche vergrössert wird, um an Russland verloren gegangenes Territorium zu ersetzen. Der Prozess der Austrocknung, der Erosion und der Lösung der Böden wird sich fortsetzen, in der Folge verschlammten Flüsse und die Artenvielfalt in den betroffenen Regionen geht verloren.

Auch die wenigen existierenden Naturschutzgebiete der Ukraine sind in Gefahr, der Raubbau an ihnen bleibt ohne Konsequenzen. Finanziell waren sie immer schlecht ausgestattet, Kontrollen zu ihrem Schutz gibt es nicht. Yehor erzählt, wie der Kahlschlag auch «legal» funktioniert. Da die meisten Wälder dem Staat gehören, sind die Wege der illegalen Holzwirtschaft kurz: Oft würden einfach Gutachten gefälscht, die einen Wald für krank erklären, um dann scheinbar legal roden zu können und das Holz mit entsprechenden Papieren versehen in die EU verkaufen zu können. Der Kahlschlag hat verheerenden Einfluss auf die reiche Natur der Ukraine. Noch immer gibt es hier vergleichsweise grosse Urwälder, doch mindestens 200.000 Hektar Wald sind gar nicht als Wald anerkannt, berichtet Yehor. Nach dem Ende der Sowjetunion wurden viele landwirtschaftliche Flächen nicht weiter bearbeitet, die Natur hatte dreissig Jahre Zeit, sich zu erholen. So sind wichtige Naturgebiete entstanden, die aber auf dem Papier nicht als solche existieren, sondern nach wie vor den Status von landwirtschaftlicher Nutzfläche haben und abgeholzt werden können.

Natürlich haben auch die Kriegshandlungen selbst verheerenden Einfluss auf die Natur der Ukraine. Für Yehor liegt das grössere Problem aber darin, dass die Ökosysteme des Landes noch nie eine politische Priorität hatten, aber unter den Bedingungen des Krieges dafür überhaupt keine Lobby mehr existiert. Der Krieg verhindert jede Initiative. «Ne na chasi», «Es ist nicht der Moment», nennt Yehor das. Ein geflügeltes Wort, das in der Ukraine bei ungeliebten Themen vielfach Anwendung findet. Doch gleichzeitig sieht er auch Chancen. Dass der EU-Prozess an Fahrt aufgenommen hat, findet er gut. Denn für eine realistische Beitrittsperspektive müsste die Ukraine im Bereich Umweltschutz deutlich aktiver werden.

Moritz Krawinkel, medico International\*

\*Dieser Artikel wurde im newsletter von medico international nach einer Investigationsreise nach Transkarpatien im Mai dieses Jahres veröffentlicht. Das EBF hat im Verbund mit den europäischen Longomai-Kooperativen seit Ende Mai eine Zusammenarbeit auf längere Sicht mit medico international bezüglich diverser konkreter Projekte in Transkarpatien begonnen.

## LAUTSPRECHER

### Ein unmenschliches Urteil

Am 22. Juni wurde unsere Freundin Pinar Selek, die vor 24 Jahren fälschlicherweise eines Attentats beschuldigt wurde und von der Justiz ihres Landes viermal freigesprochen wurde, vom Obersten Gerichtshof der Türkei definitiv zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Hier ein Auszug aus ihrer prompten Stellungnahme aus dem Exil in Nizza:

«Dieses Urteil ist nicht nur ungerecht und unsinnig, sondern auch unmenschlich, da es in den Akten zahlreiche Gutachten gibt, die belegen, dass es sich um eine Explosion aufgrund eines Gaslecks handelte. Aber man hat nicht ein einziges Mal meine Aussage zu diesem Thema aufgenommen, man hat mir nicht eine einzige Frage dazu gestellt. Das Verfahren wurde ausschliesslich auf der Grundlage des Verhörs mit

Abdülmeçit O. eingeleitet, der ausgesagt hatte, dass wir gemeinsam gehandelt hätten, und der seine Aussage später vor Gericht widerrief, weil sie unter Folter erpresst worden war. Diese Person wurde zusammen mit mir freigesprochen, und ihr Freispruch war endgültig; die Berufung wurde nur für meinen Freispruch beantragt. Das Urteil hat daher nichts mit Recht zu tun. Da die Urteilsbegründung noch nicht veröffentlicht wurde, kann ich mich nicht weiter dazu äussern. Ich werde kämpfen, wir werden bis zum Ende gegen diese Ungerechtigkeit kämpfen.»

Pinar Selek am 22. Juni 2022

Aktivistin der Poesie, Feministin, Antimilitaristin, Soziologin, Autorin